



hd.report

Newsletter von
Werner Pfisterer MdL

Europabilanz: Baden-Württemberg hält Spitzenposition in der Europäischen Union



Dr. Thomas Ulmer MdEP (2.v.r.) stellte in Heidelberg sein Expertenpapier vor, Werner Pfisterer MdL (rechts) nahm als Vorsitzender des Arbeitskreises Wissenschaft, Forschung und Kunst der CDU-Landtagsfraktion an der Tagung teil.

Kein Bundesland ist aktiver und erfolgreicher in Europa als Baden-Württemberg. Beim Innovationsindex für 2008 für die Länder und Regionen Europas liegt unser Land auf dem ersten Platz. Bei den Exporten von Januar bis einschließlich November 2008 sind die Ausfuhren in die 26 Mitgliedstaaten der EU im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozent gestiegen worden. Diese Bilanz kann sich sehen lassen.

Ministerpräsident Günther Oettinger und Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und im Staatsministerium, setzen sich für unser Land, für unsere Regionen und Kommunen erfolgreich gegenüber den europäischen Entscheidungsträgern ein. Auch unsere Landesvertretung in Brüssel nimmt unter den rund 300 regionalen und kommunalen Interessenvertretungen einen Spitzenplatz ein, sie unterrichtet die politischen Entscheidungsträger in einem frühen Stadium über Entwicklungen in Brüssel und bringt ferner die Anliegen unseres Landes in einer frühen Phase in den Entscheidungsprozess auf EU-Ebene ein. Erfolgreich ist unser Land auch bei der Einwerbung von EU-Mitteln. Im Jahr 2007 erhielt Baden-Württemberg EU-Fördermittel in Höhe von über 630 Millionen Euro. Für 2008 erwartet Baden-Württemberg zumindest gleich bleibende Mittelrückflüsse, tendenziell sogar eher zunehmende.

Der Europawahl 2009 können wir daher positiv entgegensehen. Auch unsere beiden Europaabgeordneten Daniel Caspary und Dr. Thomas Ulmer leisten eine hervorragende Arbeit. Vor kurzem fand in Heidelberg die bundesweite Vorstellung des von Dr. Thomas Ulmer MdEP initiierten Expertenpapiers „Empfehlungen für einen besseren Umgang mit Hepatitis B in Deutschland“ statt, das großes Medienecho fand. Dr. Ulmer erläuterte hierbei, dass Schätzungen zufolge 400.000 - 500.000 Menschen in Deutschland chronisch mit dem Hepatitis-B-Virus infiziert sind. Hepatitis B ist weltweit die zweitverbreitetste Krebsursache nach Tabak.

Die Broschüre können Sie unter der E-Mail-Adresse info@thomasulmer.eu bestellen.

Werner Pfisterer MdL und Stadtrat Klaus Weirich vor Ort: Besuch des Unternehmens VBE GmbH



Der Dialog mit Heidelbergs mittelständischen Unternehmen ist für den Heidelberger Landtagsabgeordneten und Stadtrat Werner Pfisterer von besonderer Bedeutung: „Über 70 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze stellt der Mittelstand, über 80 Prozent aller Ausbildungsplätze gibt es in den mittelständischen Unternehmen. Für meine parlamentarische Arbeit ist es daher besonders wichtig, mit vielen Vertretern der mittelständischen Wirtschaft in Kontakt zu stehen und aus erster Hand zu erfahren, wo der Schuh drückt.“

Aktuell besuchte Pfisterer gemeinsam mit seinem Stadtratskollegen Klaus Weirich (Foto: 2. von rechts) das in Heidelberg-Rohrbach alteingesessene Familienunternehmen Vereinigte Baustoff- und Eisen (VBE) GmbH. Karl Specht und seine beiden Söhne standen als Ansprechpartner zur Verfügung und informierten über ihre Firma, die insbesondere im Stahlgewerbe tätig ist und über 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Insbesondere die Anbindung des Rohrbacher Gewerbegebiets an die B3 stand im Mittelpunkt des Dialogs.

Neujahrsempfang der baden-württembergischen Landesregierung in Brüssel - Schwerpunktthema: Hochschulpolitik / Forschungsland Baden-Württemberg



Ende Januar 2009 fand in Brüssel mit Ministerpräsident Günther Oettinger MdL der Neujahrsempfang des Landes Baden-Württemberg statt, an welchem auch der Heidelberger Landtagsabgeordnete Werner Pfisterer in seiner Funktion als Vorsitzender des Arbeitskreises Wissenschaft, Forschung und Kunst (AK VIII) der CDU-Landtagsfraktion teilnahm. Unter dem Motto „Forschungsland Baden-Württemberg: Die Exzellenzuniversitäten“ präsentierten sich im Rahmen des Empfangs die Hochschuleinrichtungen Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Stuttgart, Tübingen und Ulm.

Empfehlungen
für einen besseren
Umgang mit Hepatitis B
in Deutschland

Entwickelt von der Arbeitsgemeinschaft der Hepatitologen und Gastroenterologen in Deutschland e.V. (AGHGD) im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung.





hd.report

Newsletter von
Werner Pfisterer MdL



Auch EU-Kommissar Günter Verheugen (2. von rechts) besuchte den Neujahrsempfang in Brüssel.

Die Universität Tübingen engagiert sich beispielsweise in der Diagnostik bei Morbus Parkinson. Diese neurologische Krankheit ist besonders heimtückisch. Sie ruft Muskelzittern hervor, kann aber auch zur völligen Bewegungslosigkeit führen. Der ehemalige Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel leidet auch unter dieser Krankheit, auch wenn er sehr offen und humorvoll damit umgeht.



Werner Pfisterer bei der Morbus-Parkinson-Diagnostik.

Bei seinem Empfang zu seinem 80. Geburtstag im Stuttgarter Rathaus erklärte er seinen Gästen: „Ich bedauere es, Parkinson zu haben, Alzheimer wäre mir lieber gewesen. Der Grund ist einfach: Bei Parkinson verschütte ich immer mein Viertel Trollinger, bei Alzheimer würde ich vergessen zu bezahlen“. Bei allem Humor: Beide Krankheiten sind eine Geisel. Die medizinische Forschung muss in der Diagnose und Therapie dieser Krankheiten noch einen weiten Weg gehen. Die Mitglieder des Wissenschaftsausschusses, unter ihnen Minister Prof. Dr. Peter Frankenberger, hatten zudem die Gelegenheit, mit Dr. Rainer Zimmermann, Abteilungsleiter in der Generaldirektion INFOS (Informationsgesellschaft und Medien) der Europäischen Kommission, über das Thema „Informations- und Kommunikationstechnologie“ und mit Dr. Manuel Hallen, Abteilungsleiter und Direktor in der Generaldirektion Forschung (Bereich Medizin und Gesundheitswesen) der Europäischen Kommission, über die Thematik „Gesundheitsforschung“ zu sprechen. Am folgenden Tag besuchten die Landtagsabgeordneten das Europäische Parlament. Dort fand ein Gespräch mit Rainer Wieland MdEP und Dr. Silvana Koch-Mehrin MdEP statt. In den Räumlichkeiten der Landesvertretung Baden-Württemberg konnte ferner mit Dr. Jens Hemmelskamp, nationaler Experte aus Baden-Württemberg im Europäischen Forschungsrat, und Dr. Albrecht Jahn, nationaler Experte aus Baden-Württemberg in der Generaldirektion Forschung (Öffentliche Gesundheitspflege) der Europäischen Kommission, zum



Thema „Beteiligung von Baden-Württembergern an Programmen und Ausschreibungen im Europäischen Forschungsrat“ (Grundlagenforschung) sowie zu aktuellen Fragen rund um das Thema Forschung ein Dialog geführt werden. Den Abschluss bildete ein Treffen mit Wilfried Kraus, dem Leiter des Referats Bildung und Forschung (Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU). Selbstverständlich wurde auch dem Atomium ein Besuch abgestattet.

Werner Pfisterer MdL auf dem Neujahrsempfang der Schützen-Gesellschaft Rohrbach

Große Resonanz fand auch in diesem Jahr wieder der Neujahrsempfang der Schützen-Gesellschaft Rohrbach, an welchem zahlreiche Mitglieder, Vertreter Rohrbacher Vereine und Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Auch der Heidelberger Landtagsabgeordnete und Stadtrat Werner Pfisterer, selbst Mitglied der Schützen-Gesellschaft, Stadtrat Klaus Weirich und Kreisschützenmeister Bruno Winkler waren vor Ort.

Im Anschluss an die Begrüßung durch den Vorsitzenden Harry Mohr richtete Pfisterer ein Grußwort an die Gäste. Nach einem Rückblick auf das politische Jahr 2008 wandte sich der Parlamentarier dem neuen Jahr 2009 und insbesondere der aktuellen Wirtschaftskrise zu, zeigte deren Ursache und Entwicklung auf und war am Ende seiner Rede dennoch positiv gestimmt: „Wir werden auch diese Herausforderung meistern, davon bin ich überzeugt.“



Bürgersprechstunden

2. März 2009, Beginn: 15.30 Uhr

Ort: Wahlkreisbüro, Adlerstraße 1/5, 69123 Heidelberg

6. April 2009, Beginn: 15.30 Uhr

Ort: Wahlkreisbüro, Adlerstraße 1/5, 69123 Heidelberg

18. Mai 2009, Beginn: 15.30 Uhr

Ort: Wahlkreisbüro, Adlerstraße 1/5, 69123 Heidelberg

Um telefonische Anmeldung wird gebeten: 06221-608080.

Impressum

Der hd.report ist ein Rundbrief des Heidelberger Landtagsabgeordneten Werner Pfisterer (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Werner Pfisterer MdL (verantwortl.),

Freiburger Straße 54, 69126 Heidelberg

Telefon 06221.302667 Telefax 06221.315461

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Fotos: Werner Pfisterer (3), Matthias Busse (8), Kerchmer Wind (1),

Fotolia (1), Bruno Winkler (1), VBE Heidelberg (1), May-Britt Becker (1)

Texte: Matthias Busse, Dr. Reinhard Löffler (Auszug aus Newsletter),

Landesregierung BW, Ministerium Wissenschaft, Forschung und Kunst

BW, Stadt Heidelberg, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Bei Fragen oder Anregungen wenden Sie sich bitte an das

Abgeordnetenbüro von Werner Pfisterer MdL: Adlerstraße 1/5, 69123

Heidelberg, Telefon 06221.608080 Telefax 06221.608088

E-Mail: info@pfisterer.net Internet: www.pfisterer.net



hd.report

Newsletter von
Werner Pfisterer MdL

Ausstellung „Konrad Adenauer und die Europäische Integration“ in Heidelberg-Rohrbach

Konrad Adenauer gilt als einer der „Väter Europas“. Für ihn war ein vereintes Europa der wichtigste Garant für Frieden und Freiheit. Die starke persönliche Einflussnahme des ersten Bundeskanzlers auf den europäischen Einigungsprozess wurde insbesondere in Krisenzeiten wie nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft



im Jahre 1954 deutlich. Adenauer setzte sich gegen Kritiker in Deutschland durch und überzeugte im Ausland seine europäischen Partner. Damit gab er entscheidende Anstöße für das Gelingen der europäischen Integration. Die Leitgedanken Konrad Adenauers sind auch noch für die gegenwärtigen Herausforderungen des Einigungsprozesses wegweisend und eine Verpflichtung für die heutige Politik. Dass wir Frieden und Freiheit, die volle Souveränität und die nationale Einheit



Dr. Reinhard Schreiner (Konrad-Adenauer-Stiftung) eröffnete die Ausstellung.

Deutschlands erreicht haben, verdanken wir der Politik der konsequenten Westintegration Adenauers.

Auf Initiative von Gustav Gregor, Vorsitzender der CDU Rohrbach, und von Werner Pfisterer MdL war es nun gelungen, wenige Monate vor der Europawahl die Ausstellung „Konrad Adenauer und die Europäische Integration“ nach Heidelberg zu holen. Die Ausstellungseröffnung, die am 2. Februar 2009 stattfand, war hervorragend besucht.



Zahlreiche Besucherinnen und Besucher folgten aufmerksam den Ausführungen von Dr. Schreiner, unter ihnen Dr. Karl A. Lamers MdB, Werner Pfisterer MdL und Gustav Gregor, Vorsitzender der CDU Rohrbach, sowie mehrere CDU-Stadträtinnen und Stadträte.

Feierliche Wiedereröffnung des Kirchheimer Heimatmuseums

Mit einer kleinen Feier wurde vor kurzem die Wiedereröffnung des Kirchheimer Heimatmuseums begangen. Stadtteilvereinsvorsitzender Dieter Berberich freute sich darüber, dass viele Gäste seiner Einladung zu diesem feierlichen Anlass gefolgt waren, unter ihnen Heidelbergs Erster Bürgermeister Bernd Stadel, Landtagsabgeordneter und Stadtrat Werner Pfisterer, Kirchheimer Stadträtinnen und Stadträte sowie Mitglieder des Stadtteilvereinsvorstandes Kirchheim. Nach einleitenden Worten von Berberich erläuterte Bürgermeister Bernd Stadel die Sanierungsmaßnahmen, im Anschluss führte Christel Neuer, die Leiterin des Heimatmuseums, durch die Räumlichkeiten, die mit viel Liebe zum Detail gestaltet wurden. Werner Pfisterer MdL: „Hier wurde eine außergewöhnliche Arbeit von den Verantwortlichen geleistet, dafür Respekt und großen Dank!“



Auch eine alte Schulstube gibt es im Kirchheimer Heimatmuseum zu bewundern. Da wurden doch Erinnerungen an die eigene Schulzeit wieder wach! So hieß es für die Gäste der Wiedereröffnungsfeier, noch einmal die Schulbank zu drücken und aufmerksam dem Unterricht zu folgen...



Stichwort: Straßenbahn Kirchheim / Stadtrat Werner Pfisterer MdL fragt - Stadt Heidelberg antwortet

In Sachen „Straßenbahn Kirchheim“ hatte der Heidelberger Stadtrat und Landtagsabgeordnete Werner Pfisterer am 12. Dezember 2008 eine Anfrage an die Stadt Heidelberg gestellt, die im Januar und im Februar 2009 im Heidelberger Gemeinderat behandelt wurde.

Folgend finden Sie Pfisterers Fragen und die Antworten der Heidelberger Stadtverwaltung.

Frage 1: Wie beurteilt die Stadt Heidelberg die aktuelle Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn Kirchheim?

Antwort: Eine belastbare Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn Kirchheim wird erst nach Vorliegen der Ergebnisse aus der Verkehrserhebung 2007/2008 und der daraus resultierenden Einnahmeaufteilung im Verbund und der entsprechenden Einnahmezuschussung an die HSB/RNV vorgenommen werden können.

Ferner steht die endgültige Feststellung der Investitionskosten aufgrund der noch nicht vorliegenden Schlussrechnungen noch aus.

Frage 2: Welche Aussagen machte die frühere Oberbürgermeisterin im Rahmen der Planungen bezüglich der Auslastung und Nutzung (Fahrgastzahlen) der Straßenbahn Kirchheim, und wie sieht die aktuelle Realität aus?

Antwort: Zählungen aus der aktuellen Verkehrserhebung (2007/2008) liegen uns ebenfalls erst nach der Einnahmeaufteilung im Verbund vor, so dass hier nur ein Trend dargestellt werden kann.

Im Gesamtquerschnitt nördlich von Kirchheim auf Höhe Messplatz wurden im November 2007 9.500 Fahrgäste pro Tag gezählt. Hiervon entfallen auf die Straßenbahn 7.000 Fahrgäste. Der Rest verteilt sich auf die Buslinien 33, 720 und 721. Gegenüber dem vorherigen Zustand ergibt das insgesamt eine Steigerung von 13 % an ÖPNV-Fahrgästen. Die absolute Prognosezahl von 12.000 Fahrgästen pro Tag insgesamt (Straßenbahn: 8.400 Fahrgäste pro Tag), die im Rahmen der aktualisierten Nutzen-Kosten-Untersuchung vom Oktober 2004 ermittelt wurden, können zu diesem Zeitpunkt noch nicht erreicht werden.

Die ursprüngliche Planung der Baumaßnahme sah vor, die aus dem Umland einfahrenden Buslinien von Walldorf und St. Leon - Rot in Kirchheim zu brechen.

Der Rhein-Neckar-Kreis als zuständiger Aufgabenträger hat sich allerdings letztendlich für ein geändertes Linienkonzept mit weitgehender Durchbindung der Regionallinien entschieden, um den Fahrgästen der Umlandgemeinden eine umsteigefreie Fahrt zu ermöglichen. Die Linien 720 und 721 wurden zum Winterfahrplanwechsel 2007/2008 von der Fa. Werner Reisen in Bensheim im Rahmen des Genehmigungswettbewerbes übernommen.

Eine Einschätzung der RNV GmbH (E-Mail vom 16.01.2009): „Aufgrund des auf Basis der vorliegenden Fahrgastzahlen zu berechnenden Verhältnisses von Fahrgeldeinnahmen und Betriebsaufwand erreicht die Linie 26 eine zufriedenstellende

Wirtschaftlichkeit. Der Kostendeckungsgrad der Linie 26 liegt über dem der Linien 21 und 24, jedoch unter dem Deckungsgrad der hochfrequentierten Linien 22 und 23.“ (Quelle: RNV GmbH, Januar 2009)

Frage 3: Was sind die aktuellen Gründe der Umlandgemeinden – entgegen der Aussagen der früheren Oberbürgermeisterin – nicht einen Anschluss an die Straßenbahn Kirchheim zu planen?

Antwort: Nach Vorlage der im Ergebnis eindeutig negativen Nutzen-Kosten-Untersuchung für einen Straßenbahnanschluss Wiesloch-Walldorf (VRN, Walldorf, Wiesloch) im März 2007 haben sich die beteiligten Gemeinden zur Frage „Süd-Schiene“ neu positioniert (siehe Informationsvorlage DS: 0170/2007/IV).

Grundsätzlich bestehe Interesse an einer Weiterführung in den Süden. Jedoch wurden nach Vorlage der im Ergebnis eindeutig negativen Nutzen-Kosten-Untersuchung für einen Straßenbahnanschluss Wiesloch-Walldorf (VRN, Walldorf, Wiesloch) im März 2007 vorerst keine weiteren Finanzmittel für Gutachten in die Haushalte der Umlandgemeinden eingestellt. Der Gemeinderat Walldorf hatte hierzu am 25.09.2007 beschlossen, dass bei einer veränderten Sachlage insbesondere bezüglich der Förderungsmöglichkeiten eine erneute Befassung erfolgen soll. Dabei würden die Freihaltetrassen bei der Stadtentwicklung berücksichtigt.

Frage 4: Mit welchen technischen Problemen hat die Straßenbahn Kirchheim aktuell zu kämpfen und wie können diese schnellstmöglich behoben werden?

Antwort: Es handelt sich hierbei um hauptsächlich technische Probleme, die aufgrund der Komplexität des Zusammenspiels Signalanlagen, Fahrsignalanlage und Weichensteuerung herühren. Die technischen Störungen an der Kirchheimer Strecke sind nicht höher als an anderen vergleichbaren Strecken wie beispielsweise nach Eppelheim (hier gibt es ebenfalls eine Fahrsignalanlage).

Derzeit müssen Straßenbahnfahrer noch manuell die Weichen positionieren, da die Weichentechnik ein Auffahren der Weiche nicht zulässt. Nach intensiven Bemühungen des Weichenherstellers sowie einer angepassten Wartung konnten solche Fehler stark reduziert werden. Die RNV geht davon aus, dass sich der stabile Zustand weiter hält. Darüber hinaus ist mittel- (bis Ende 2009) eine Steuerung der Anlage durch die Betriebsleitstelle in Mannheim vorgesehen, die ein „Ausrücken“ von sogenannten Entstöbern unnötig machen soll. Seitens des Weichenherstellers wurden alle festgestellten Mängel an der Anlage behoben.

Zur Entwicklung der Störungen in Kirchheim im Jahr 2008:

Januar: 24; Februar: 14; März: 7; April: 17; Mai: 16; Juni: 17; Juli: 15; August: 24; September: 10; Oktober: 21; November: 6; Dezember (bis Weihnachten): 5.
(Quelle: RNV GmbH, Januar 2009)

Im September/Oktober wurden seitens des Herstellers nochmals Optimierungen an den Weichenanlagen vorgenommen. Dies hat sich in den Folgemonaten positiv ausgewirkt.

Werner Pfisterer MdL informiert: Neue Regelungen im Hochschulrecht treten am 1. März 2009 in Kraft - Erleichterungen bei der Erhebung von Studiengebühren - Verbesserungen für Studierende mit Kindern - Vereinfachter Hochschulzugang für Berufstätige

Zum 1. März 2009 tritt eine Reihe von Änderungen im Hochschulrecht in Kraft. Klarstellungen und Erleichterungen gibt es beim Erlass von Studiengebühren; unter anderem wird die sogenannte „Geschwisterregelung“ erweitert. Für Studierende mit Familienpflichten müssen die Prüfungsfristen flexibilisiert werden. Und: Der Hochschulzugang für Berufstätige wird vereinfacht; Meister können nun auch ohne die bislang vorgeschriebene vierjährige Berufserfahrung ein Studium aufnehmen. Dies teilte Wissenschaftsminister Prof. Dr. Peter Frankenberg Anfang Februar 2009 in Stuttgart mit. Zu den Regelungen, die im „Zweiten Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Hochschulbereich“ (ZHFRLG) enthalten sind, sagte Frankenberg: „Wir entwickeln das baden-württembergische Hochschulsystem weiter. Neben den Bestimmungen zur Dualen Hochschule enthält das ZHFRLG eine Vielzahl von Neuerungen, von denen nicht zuletzt die Studierenden profitieren.“ Der Landtag von Baden-Württemberg hat das zweite Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Hochschulbereich im Dezember 2008 beschlossen. Die darin enthaltenen Bestimmungen zur Gründung der Dualen Hochschule sind am 1. Januar 2009 in Kraft getreten, die übrigen Vorschriften treten in der Regel am 1. März 2009 in Kraft.

Erleichterungen bei der Erhebung von Studiengebühren

- * Die sogenannte Geschwisterklausel wird erweitert: In Familien mit drei oder mehr Kindern müssen höchstens zwei Kinder Studiengebühren bezahlen, gleichgültig ob die Geschwister studieren oder nicht.
- * Die Altersgrenze bei Kindererziehung wird von acht auf 14 Jahre angehoben. Bisher sind Studierende, die ein Kind pflegen und erziehen, das zu Beginn des jeweiligen Semesters das achte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, von der Studiengebühr befreit. Die neue Regelung ist bereits rückwirkend zum Wintersemester 2008/2009 in Kraft getreten.
- * Die allgemeine Härtefallklausel wird auf Fälle erweitert, in denen die Beitreibung der Gebühr - unabhängig von der finanziellen Situation des Betroffenen - eine persönliche Härte darstellt.
- * Auslandssemester werden unabhängig vom typischen Fall der Beurlaubung von der Gebührenpflicht ausgenommen. Abweichend davon können Studiengebühren erhoben werden für Auslandssemester an einer Partnerhochschule, die nach der Studien- und Prüfungsordnung so eng mit dem Studium an der Heimathochschule verzahnt sind, dass sie als Lehrangebot der Heimathochschule zu betrachten sind.
- * Studierende, die besonders begabt sind oder herausragende Leistungen erbringen, können von der Gebühr befreit werden. Die Entscheidung, ob Befreiungen gewährt werden, unter welchen Voraussetzungen, in welchem Umfang und für welche Dauer, trifft die Hochschule. Dazu wird eine Satzungsermächtigung eingeführt.
- * Eine für das betreffende Semester bereits bezahlte Studiengebühr wird anteilig erstattet, wenn die Exmatrikulation später als einen Monat nach Vorlesungsbeginn wirksam wird. Wird die Exmatrikulation vor diesem Zeitpunkt wirksam, ist die Gebühr wie bisher vollständig zu erstatten.
- * Für die bereits beschlossene Zinsobergrenze von 5,5 Prozent für Studiengebürendarlehen wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen.

Weitere Neuerungen

- * Künftig besteht die Möglichkeit zur Exmatrikulation bei Plagiaten bzw. wissenschaftlichem Fehlverhalten. Die Exmatrikulation steht im Ermessen der Hochschule, was ihr eine Verhältnismäßigkeitsabwägung eröffnet.
- * Ausnahmen von der gestuften Studienstruktur (Bachelor/Master) gelten künftig für den Fachbereich Kunst (künstlerische Kernfächer) und Studiengänge des Theologischen Vollstudiums mit kirchlichem und akademischem Abschluss. Bisher waren nur Studiengänge mit kirchlichem Abschluss ausgenommen.
- * Die Hochschulen haben die Pflicht zur Einrichtung eines Qualitätssicherungssystems unter Gesamtverantwortung des Vorstandes.
- * Abkehr von der Programmakkreditierung zugunsten der Systemakkreditierung: den Hochschulen soll unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht werden, die kleinteilige Akkreditierung einzelner Bachelor-/ Masterstudiengänge durch eine Systemakkreditierung zu ersetzen.
- * Im Senat und im Fakultätsrat sollen mindestens drei stimmberechtigte Frauen vertreten sein.
- * Klarstellung der Ausschlussregelung von Bewerbern bei Wahlen und bei der Senatsbestätigung. Ein Mitglied im Aufsichtsrat kann bei der eigenen Wahl als Rektor nicht mitwirken, ebenso wenig wie ein Amtsmitglied im Senat bei der Bestätigung der Rektorwahl.
- * Die Festlegung der Funktionsbeschreibung für Juniorprofessuren/ Juniorprofessoren ohne Tenure Track wird auf die Hochschulen delegiert. Bei Vollprofessuren und Juniorprofessuren/ Juniorprofessoren mit Tenure Track bedarf es auch weiterhin der Zustimmung durch das Wissenschaftsministerium.
- * Auf die Verpflichtung zur Immatrikulation von Doktoranden wird verzichtet.
- * Bezeichnung „Universität“ für staatlich anerkannte Hochschulen in freier Trägerschaft, denen ein eigenständiges Promotionsrecht verliehen wurde.

Verbesserung der Studien- und Prüfungsbedingungen für Studierende mit Familienpflichten

Die Prüfungsordnungen der Hochschulen müssen künftig flexible Prüfungsfristen ermöglichen, wenn Studierende Familienpflichten wahrnehmen müssen. Bei Beurlaubung nach den Regelungen des Mutterschutzes dürfen - anders als sonst - auch in der Zeit der Beurlaubung Studienleistungen erbracht werden.

Mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung

Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung wird weiter verbessert. Bereits jetzt eröffnet die Meisterprüfung oder eine gleichwertige berufliche Fortbildung den Zugang zu allen fachlich verwandten Studiengängen an Hochschulen. Die bislang noch vorgeschriebene vierjährige Berufserfahrung wird gestrichen. Außerdem können nun auch außerhalb des Hochschulsystems erworbene Kenntnisse im Studium angerechnet werden.

Professorenbesoldung

Künftig ist es an Hochschulen erlaubt, die Leistungsbezüge von Professorinnen und Professoren durch private Drittmittel aufzustocken und den dafür vorgesehenen Vergaberahmen zu erhöhen. Die Mittel müssen den Hochschulen ohne Bindung an eine bestimmte Person zur Verfügung gestellt werden. Dies ergänzt die bisher schon bestehende Möglichkeit, Stiftungsprofessoren aus privaten Mitteln zu finanzieren.